



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

261 (17.6.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191845](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191845)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim a. O. 1.00 für den Monat, 3.00 für den Vierteljahr, 10.00 für den halbjährigen, 18.00 für den jährlichen. ...

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: Bei jährlichem Abonnement 1.00 Mk. ...

Klärung.

Ein Angebot Trimborns an die Deutsche Volkspartei.

XX Berlin, 17. Juni. (Priv. Tel.) Aus den Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren wir:

Die politische Lage hat sich heute geklärt. Der am Mittwoch angestellte Versuch, die Deutsche Volkspartei durch Uebertragung des Reichsjustizamtes an Herrn Dr. Heinze für ein Kabinett zu verpflichten, das im wesentlichen aus Zentrumsleuten und Demokraten bestand, mußte scheitern, denn die Deutsche Volkspartei konnte sich nicht als Aushängeschild für ein Kabinett mißbrauchen lassen, das im wesentlichen die alte Koalitionspolitik gemacht und damit die Deutsche Volkspartei belastet hätte, ohne ihr mitbestimmenden Einfluß einzuräumen. Die Ablehnung hat ihre Wirkung denn auch nicht verfehlt. Heute vormittag machte Herr Abg. Dr. Trimborn der Deutschen Volkspartei ein offizielles Angebot, das die gleichberechtigte Mitwirkung der Deutschen Volkspartei in dem Kabinett unter der Reichskanzlerschaft Fehrenbach vorsieht. Auf der Grundlage dieses Angebotes ist die Kabinettsbildung jetzt im Gange. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat ihren Standpunkt in folgendem Schreiben an Trimborn festgelegt:

S. E. d. Wirtl. Geh. Rat Herrn Dr. Trimborn! Reichstag, Berlin, 17. Juni.

Nachdem die Sozialdemokratie die Teilnahme an der Koalition mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt hat, und eine Koalition aller bürgerlichen Parteien durch den Widerspruch der Demokraten unmöglich geworden war, erklärt sich die Deutsche Volkspartei auf Ihre Befragen grundsätzlich bereit, gemeinsam mit dem Zentrum und den Demokraten an der Bildung einer Regierung mitzuwirken. Die erste Lage des Reiches veranlaßt uns, trotz mancher Bedenken, zu diesem Entschluß. Wir gehen dabei von folgenden Voraussetzungen aus:

1. An unseren Grundfäden wird durch den Eintritt in die Regierung nichts geändert.
 2. Die Rücksichten auf den Wiederaufbau Deutschlands erfordern eine sachkundige Leitung der Geschäfte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des gesamten Wirtschaftslebens, ohne Rücksicht auf parlamentarische Zugehörigkeit oder Parteistellung.
 3. Alle Beamtenstellen sind in Zukunft lediglich nach Fähigkeit, ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit zu besetzen.
- Im übrigen nehmen wir gerne Kenntnis davon, daß Ihrer und Ihrer Parteifreunde Auffassung nach, das Ministerium nicht lediglich als Übergangsinstitut gedacht ist, sondern den ernstlichen Versuch bedeutet, damit dauernde Aufbauarbeit zu leisten.

Im Auftrag der Fraktion der Deutschen Volkspartei ergebenst
Dr. Stresemann. Dr. Heinze.

Der Plan eines Kabinetts aus Zentrum und Demokratie allein ist also fallen gelassen. Wir haben bereits im Mittagsblatt gesagt, daß es nicht eben ein aussichtsreiches Experiment sein würde. Man kehrt zu dem Gedanken eines Kabinetts zurück, das aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten besteht, es würde zwar auch keine differenzmäßige Mehrheit hinter sich haben, aber doch immerhin ein etwas genauerer Ausdruck des Wahlergebnisses vom 6. Juni sein, insofern, als eine der siegreichen bürgerlich-nationalen Parteien Aufnahme fände. Es müßte auf die wohlwollende Neutralität der linken oder der rechten Opposition rechnen, um die Regierung auf eine einigermaßen sichere Basis zu stellen. Am ehesten würde nach der jetzigen Haltung der Parteien wohl darauf zu rechnen sein, daß die Deutschnationalen wohlwollende Neutralität üben werden.

Die Deutsche Volkspartei und das Kumpfkabinett.

m. Berlin, 17. Juni. (Priv.-Tel.) Ueber das vorläufige Kabinett veröffentlicht die „Tägliche Rundschau“ aus parlamentarischen Kreisen folgendes:

„Das neue Kabinett wird den Charakter eines Kumpfkabinetts aus Zentrum, und Demokraten tragen, die als Konzeption gegenüber den Parteien der Rechten ihm einen Fachminister für den Auswärtigen Amt und das Reichswirtschaftsamt bringen wird. Offenbar wird mit der wohlwollenden Neutralität und einem demnächstigen Wiedereintritt der Sozialdemokraten in die Koalition gerechnet, da deren Vertreter in ihren politischen Bemühen bleiben. Der Deutschen Volkspartei ist im Laufe der Verhandlungen nahegelegt worden, einen ihrer Parlamentarier in das Ministerium zu entsenden. Diese Beteiligung ist aber abgelehnt worden, weil die Deutsche Volkspartei durch eine derartige, dem politischen Willen des Wahlergebnisses in keiner Weise Rechnung tragende Scheinkonzeption nicht letzten Endes der Verländerung derselben Zustände ihren Weg bahnen kann, deren Beseitigung der Sinn des Zusammenbruchs der alten Mehrheit am 6. Juni. Das neue Kabinett wird also ein Minderheitskabinett sein und bedeutet als solches eine Vertagung, nicht eine Lösung. Die neue Regierung wird sich bemühen sein müssen, daß ihre Grundlauge eine äußerst unklare ist und daß sie die Koalitionsdilatator, die bis zum 6. Juni be-

stand, nicht mehr wird fortsetzen dürfen. Die neue Regierung wird ihr Leben nur bis zu den Wahlen in den Abstimmungsgebieten zu fristen vermögen.

Dr. Mayer lehnt ab.

□ Berlin, 17. Juni. (Von unj. Berl. Büro.) Herr Dr. Mayer-Kaufmann hat, wie wir hören, die ihm angebotene Kabinettsbildung telegraphisch abgelehnt. Er begründet nach der „V. Z.“ seine Ablehnung mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Aufgabe, die er gegenwärtig in Paris zu erfüllen habe.

Einstweilen wird nur festzustellen sein, daß die heute früh vom „Vorwärts“ präsentierte Ministerliste, wie wir von obenherin annehmen, keinen Anspruch auf Vollständigkeit hat. Es ist, wenn man sich so ausdrücken darf, das Brouillon des Herrn Trimborn. So etwa hat er sich die Zusammenlegung des künftigen Kabinetts gedacht. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß es in Wahrheit so aussehen muß.

Die Krise in Wien.

Wien, 17. Juni. (WB.) Die Besprechungen des Ministerpräsidenten Seih mit den Führern der Parteien hatten bisher keine Lösung der Krise gebracht. Den Abendblättern von gestern zufolge ist die Möglichkeit eines unpolitischen Uebergangsinstitutums mit dem beschränkten Programm der zu erledigenden Arbeiten und der Vorbereitung der Auflösung der Kammer und der Neuwahlen in den Vordergrund gerückt.

Unter dem Joche.

Einspruch der rheinisch-westfälischen Presse gegen die Zeitungsverbote.

Düsseldorf, 17. Juni. (W. B.) Im Hinblick auf die durch die Besatzungsbehörden erfolgten Verbote von Zeitungen im besetzten Gebiet, die mit der Veröffentlichung unfreundlicher Artikel über die schwarzen französischen Truppen begründet werden, beschloß der Verband der rheinisch-westfälischen Presse folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Der Vorstand des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse erhebt Einspruch gegen die Knechtung der freien Willensäußerung, die durch das Vorgehen der Obersten Rheinlandskommission gegen eine Anzahl Zeitungen im besetzten Gebiet erreicht werden soll. Die rheinisch-westfälische Presse ruft die Aufmerksamkeit der Presse der Welt gegenüber der Schmach auf, die der weißen Rasse zugefügt wird durch die Verwendung schwarzer französischer Truppen im besetzten Gebiet. Es ist die Pflicht aller unabhängigen Journalisten, die Verbrechen der Schwarzen wahrheitsgemäß zu schildern und das Gewissen der kulturell hochstehenden Nationen wachzurufen zur Sühne der begangenen und zur Verhütung neuer Verbrechen.

Eine neue aufsehenerregende Verhaftung in Wiesbaden.

Wiesbaden, 17. Juni. (W. B.) Eine neue aufsehenerregende Verhaftung ist hier erfolgt. Der erste Vorsitzende des Rheinischen Riecherklubverbandes, Direktor E. U. bicht wurde von den Franzosen verhaftet unter der Begründung, einen Brief politischen Inhalts an den preussischen Ministerpräsidenten geschrieben zu haben. Der Brief ist durch eine grobe Indiskretion aus den Akten des Regierungspräsidenten verschwunden und den Franzosen in die Hände gespielt worden. In der Bevölkerung Wiesbadens herrscht große Erregung über diese Maßnahme der Franzosen. Man erwartet, daß die Regierung baldige Maßnahmen zur Freilassung des Verhafteten einleiten wird.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 17. Juni. (Priv. Tel.) Die Kammerkommision für auswärtige Angelegenheiten hörte gestern nachmittag ein vom Bericht des Kriegsministers Andre Lefevre über die Entwaffnung Deutschlands. Der Minister gab der Kommission längere Erklärungen ab, die günstig aufgenommen wurden. Herr Lefevre und die Mitglieder der Kommission sind sich einig darüber, daß Deutschland fortfahre, bösen Willen in bezug auf die im Friedensvertrag festgesetzte Abrüstung zu zeigen.

Die Festlegung der deutschen Entschädigungssumme.

Paris, 16. Juni. Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten beschloß, dem Ministerpräsidenten Vorschläge vorzuschlagen hinsichtlich des Wortlautes und des Sinnes des französisch-englischen Abkommens über die Gebiete des ehemaligen türkischen Reiches. Ferner beschloß die Kommission auf Grund der Abkommen aus den Jahren 1917, 1918 und 1920 die Beziehungen zwischen den Alliierten und den in den damals für Türkei gebührenden Teilen von Kleinasien und Syrien neu errichteten Regierungen aufnehmen zu lassen.

Eine längere Debatte entspann sich über die Festlegung der deutschen Entschädigungssumme und die demnachst stattfindenden diesbezüglichen englisch-französischen Verhandlungen. Chenebault verlangte, daß die Kommission ihren Standpunkt in dieser Frage zum Ausdruck bringe. Wenn es zu einer Festlegung der Entschädigungssumme kommen sollte, so müsse dies an gewisse Bedingungen geknüpft werden. Wenn die deutsche schwebende Schuld festgelegt werden sollte, müsse als unbedingte Folge eine interalliierte oder internationale Anleihe aufgenommen werden, deren erste Raten zum größten Teil dem Spezialfonds für die oerwühteten Gebiete zuzuführen müsse. Die folgenden Raten könnten dann unter vorher mit Deutschland zu vereinbarenden Bedingungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes Verwendung finden. Die Kommission beschloß, ihre Wünsche durch ihren Vorsitzenden dem Ministerpräsidenten unterbreiten zu lassen.

Willy-Lacroix und Bienen-Rartin berichteten über die Sitzungen der mit der Ausführung der finanziellen Bedingungen

des Friedensvertrages betrauten Unterausschüsse für Auswärtiges und für Finanzen. Sie gaben einen Fragebogen bekannt, der in dieser Beziehung dem Ministerpräsidenten übermittelt werden soll. Dieser Fragebogen führt insbesondere die von Deutschland in Kattica gemachten Lieferungen an, die auf die Schuld nicht angerechnet werden, ebenso wie die von ihm gemachten Aufwendungen für die Besatzungstruppen. Nach einem Meinungsaustausch über die Entschädigungsfrage gaben die Ausschüsse dem Wunsch Ausdruck, über die in dieser Hinsicht mit England im Gange befindlichen Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Die polnische Gegenoffensive.

Kopenhagen, 17. Juni. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Generalkommandant: An der Nordfront führte unsere Gegenoffensive dazu, daß wir jetzt die Linie längs des Flusses haben und an der oberen Beresina beherrschen. Sechs bolschewistische Divisionen wurden vernichtet. Wir machten viele Gefangene und große Kriegsbeute. Durch einen nächtlichen Angriff des Generals Seforsky wurde der Ort Czernobyl an der Mündung des Pripiet erobert. Die 72. Sowjetbrigade und zwei Infanterieregimenter wurden bei dieser Gelegenheit vollständig aufgerieben.

In der Ukraine sind wir im Begriff unsere Streitkräfte umzugruppieren. Die Operation verläuft in guter Ordnung. Eigentliche Kämpfe haben nicht stattgefunden. Im Militärhospital von Sschitomir, wo es den Bolschewisten gelungen war, vorübergehend einzudringen, ermordeten sie 600 franke Soldaten und außerdem das gesamte Personal an Ärzten und Krankenschwestern. Das Hospital wurde niedergebrannt.

Der Bolschewismus.

m. Kopenhagen, 17. Juni. (Priv.-Tel.) Der Londoner Vertreter der „Liberte“ hatte eine Unterredung mit Krassin, der meinte, daß man sich irren, wenn man glaube, den Bolschewismus durch Waffengewalt erdrücken zu können. Die Entwicklung habe gelehrt, daß der Bolschewismus auch inmitten einer kapitalistisch regierten Welt bestehen könne. Die Weltpropaganda sei für die Räterregierung keine absolute Notwendigkeit mehr. Diese Propaganda werde in dem Maße eingestellt, als es wünschenswert erscheine, die Beziehungen zu den anderen Staaten wiederherzustellen.

Die „kapitalistische“ Studentenschaft?

Der allgemeine Studentenausschuss (Asta) in Halle hat auf Grund von Fragebogen im zweiten Zwischensemester 1919 Ermittlungen angestellt und jetzt veröffentlicht, um die sozialen Verhältnisse der dortigen Studentenschaft zu untersuchen. Die Ergebnisse sollten als Unterlage für spätere gemeinnützige Einrichtungen dienen. Zur Ergänzung der eingelaufenen Fragebogen erhielt das statistische Amt des Asta das Zählkartenmaterial der Universitätsverwaltung zur Auswertung, das sich auf etwa 3000 Studierende männlichen und weiblichen Geschlechts bezog. Am das Material nach der Berufstellung des Vaters auszuwerten, wurde eine Einteilung der Berufe in 17 Klassen vorgenommen. Es ergab sich die dem Eingeweihten keineswegs überraschende Tatsache, daß die überwiegende große Mehrheit der Studentenschaft aus dem einfachen Mittelstande stammt. Nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz kommt aus den Bevölkerungskreisen, die man als wohlhabend und kapitalträchtig bezeichnen kann. Fast man in den Tabellen folgende Berufe zusammen (untere und mittlere Staats- und Gemeindebeamte, Geistliche, Volks- und Mittelschullehrer, Oberlehrer, Professoren, Handwerker, Angestellte niedriger Ordnung, Landwirte, landwirtschaftliche Angestellte), d. h. die Klassen, die ausnahmslos dem Mittelstande angehören, die meist unvermögend, geschweige denn wohlhabend sind, und heute geradezu von der Hand in den Mund leben, so erhält man für die gesamte Studentenschaft die Ziffer 74,6 Proz., für die Kriegsteilnehmer 75,6 Prozent, für die Nicht-Kriegsteilnehmer 72 Prozent und für Frauen 59,2 Prozent. Es ist offensichtlich, daß die Studentinnen im allgemeinen aus besser situierten Familien stammen, als die Studenten. Aber auch unter letzteren zeigt sich schon ein beträchtlicher Unterschied zwischen Kriegsteilnehmern und Nicht-Kriegsteilnehmern. Während von ersteren 75,6 Proz. aus den oben angegebenen Klassen stammen, sind es bei letzteren nur noch 72 Prozent. Der Rückgang bei den jungen Nicht-Kriegsteilnehmern erklärt sich einerseits aus den immer bedrückender werdenden Aussichten für die akademischen Berufe, andererseits aber aus der stetig anwachsenden Vertreibung des Studiums, die den unvermögenden Kreisen das Studium der Söhne mehr und mehr erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Man verzege nicht weiterhin, daß die jetzt veröffentlichten Ermittlungen sich auf das zweite Zwischensemester 1919 beziehen, auf ein Semester also, das zu dem alten Kolleggeld- und Gebührensache erzählt wurde! Nach der ersten bereits eingetretene Kollegelderhöhung von 60 Prozent, in Erwartung einer zweiten von 150 Prozent in einer Zeit, wo die Kosten für den Lebensunterhalt unerschwinglich werden, Preise für Bücher, Apparate usw. ins Märchenhafte steigen, wird sich das Gesamtbild noch weit mehr zu Ungunsten des Mittelstandes erweisen. Welche außerordentliche Gefahr darin liegt, wenn unserem deutschen Mittelstande, diesem gesunden und staatsertreuenden Bevölkerungskreise, aus geldlichen Gründen der Aufstieg erschwert wird, zu Gunsten namentlich des „neuen Relativums“, läßt sich leicht erkennen. Waren bisher deutsche Universitäten und Hochschulen solche des deutschen Volkes schlechthin, geht die Entwicklung aber weiter wie bisher, dann wird der Besuch deutscher Hochschulen ein Privilegium reicher oder reichgewordener Klassen.

Das bekannte Wort Bethmann-Hollwegs „Freie Bahn dem Tüchtigen“ wird zur Farce unter der heutigen Entwicklung: Der reiche Müllkutscher kann seinen befähigten Sohn zur Universität schicken, der arme Privatdozent muß seinem befähigten Sprößling empfehlen, zunächst als Müllkutscher zu arbeiten, um sich auf diese Weise das Geld zum „brottosen Studium“ zu erwerben.

Wir betreffen, wie angesichts dieser Lage unflätige Angriffe von Sozialdemokraten und Demokraten auf die akademische Jugend wirken müssen. Wir erinnern daran, wie der „Vorwärts“ im Leitartikel Nr. 168 d. J. gegen die „reaktio-

näre Studentenschaft" anließ, die seiner Auffassung nach zu neun Zehntel (1) aus den Kreisen der Wohlhabenden und Bevorrechtigten kommt, wie er die „politisch ungebildeten Bourgeois-Söhne" in den Schanzen zusammen mit den „uffigen" Deuten des „Berliner Tageblatts". Gerade der „Vorwärts" und die ihm verwandten Kreise hatten doch reichlich Gelegenheit, sich über die wahre Lage der Studentenschaft zu informieren. — allerdings ging das nicht ohne Preisgabe der bisher bestellten bewußten Unwahrheiten über die angeblich „kapitalistische" Studentenschaft.

Wir Deutschen Volksparteier möchten den Studenten unserer Universitäten und Hochschulen raten, nachdem Östlingen und Halle damit vorangegangen sind, auch ihrerseits nach dem bewährten studentischen Art zur Selbsthilfe zu schreiten, städtische Arbeiten dieser Art vorzunehmen, um auf diese Weise die Erkenntnis der gefährdeten Lage des Mittelstandes und unserer Studentenschaft in die weitesten Volkstreffs hineinzubringen, um so den Ruf nach Abhilfe zu verstärken.

Die Reichsschulkonferenz.

Die Tagung der Ausschüsse. Berlin, 16. Juni. Die Ausschusssitzungen werden heute fortgesetzt und voraussichtlich bis heute Abend erledigt sein. Die einzelnen Beschlüsse werden gedruckt und morgen in der Dienstadtverteilung verteilt werden. Dann wird die weitere Beratung über ihr Schicksal entscheiden.

Rachfragen sind Beschlüsse aus dem Ausschuss für Hygiene auf den Schulen. Dieser Ausschuss fordert für sämtliche Schulen die verbindliche Bestellung von Schulschwestern; auch die der Schule angeschlossensten Einrichtungen, Kitchenerien usw., endlich die turnerischen und sportlichen Vereinigungen der Schulklassen sollen ärztlich überwacht werden. Für die Anstellung als Schularzt ist eine geeignete Vorbildung nachzuweisen. Der Schularzt soll in dem Schulerkrankungsfall eine Reihe von Beschlüssen an, in denen auf die unzureichende Bedeutung des Auslandsschulwesens hinweisen wird und in denen veranlagt wird, daß auch politische Förderung durch die Reichsbehörden vorgeht.

Die Anstalt für das Auslandsschulwesen im Auswärtigen Amt soll Stammkassen anbauen werden. Ein Studienauschuss zur Kenntnis der Lehrverhältnisse ausländischer Schulen soll gebildet werden. Eine Sicherung der rechtlichen Grundlagen der Auslandsschulen muß herbeigeführt werden. Die Anerkennung der Beweismittel soll in die Wege geleitet werden. Die zeitliche Unterstützung ist durch wirksame Maßnahmen zu unterbinden.

Die heute früh im Ausschuss beschlossene Beschlüsse für Lehrerprüfungen beziehen sich nur auf die Volksschullehrerbildung. In ein Eingreifen in die Vorbildung der Oberlehrer ist dabei nicht gebacht.

Das Programm der einheitlichen Schulformen.

Am Anknüpfen an die Reichsschulkonferenz hielt der Bund einheitlicher Schulformen eine Verlesung ab, in der als erster Redner Reichsrat Paul Deichselrath sein Schulprogramm einwirkte. Dr. Siegfried Kramers sprach über Selbstverwaltung und Selbstverwaltung der Lehrer und Schüler. Oberlehrerin Badia Schärer sprach in ihrem Vortrag über die Erziehung beider Geschlechter. Bei der gemeinsamen Erziehung, bei der das natürliche Gefühl nicht ausgeschaltet sein wird, habe die Frau die Aufgabe, das Gefühl der Selbstachtung in den Mädchen zu wecken. Frau Müller-Deichselrath sprach über die Produktionslehre. Über den Wert der Jugend sprach Dr. Spangenberg. Die Jugend soll nicht Objekt fremder Berechnung sein, sondern sie soll sich selbst erleben. Von der Jugend, die mehr mit und eheres wie wir, müßten wir lernen. Als letzter Redner sprach Universitätsprofessor Dr. Kator.

Bismarck als Prophet.

Einem Vertreter der „Neuen Freien Presse" erklärte Geheimrat Schweringer, er denke nicht daran, sein reiches handschriftliches Material an Lebenserinnerungen zu veröffentlichen, wohl aber schäufere er es sehr, daß der dritte Band der Gedanken Bismarcks dem deutschen Volke nach unbestimmter Zeit vorzulegen bleibt. Gerade in diesem Schlussband hat Bismarck viel zu sagen, was uns erheben und die Wege aus unserer furchtbaren Not weisen könnte. Der Führer hat die Katastrophe für Deutschland vollkommen klar vorausgesehen und mit dem Bewußtsein, daß ihm zum größten Staatsmann seiner Zeiten mochte und den leider keine, aber auch keine der heute führenden Persönlichkeiten besitzt, behauptet er die unabweisbaren Konsequenzen einer Politik, die er auf seinem Wollen und Wollen auf seiner Verantwortung bis zum letzten Atemzuge durchführte. Wie oft rief er: „Ich sehe es kommen, wir sehen eine furchtbare Katastrophe entweichen". Der Führer sah den Weg, auf dem Deutschland entweichen sollte, sah auch, daß Russland in diesen Ring sich einschließen würde. Er hat gemerkt, er wollte raten — aber es wurde nicht auf ihn gehört. Hoffentlich und in dieser Trauer sollte er mir aufliegen: „Deutschland acht schweren Zeiten entgegen!"

Der blonde Schopf und seine Freier

Roman von Agnes Harder.

33) (Nachdruck verboten.) (Fortsetzung.)

Karin war eine jener Frauen, um die sich leicht jene wollüstige Wolke des Schmeichels legt, das der Leidenschaft so förderlich ist. Da wurde der kommende Braut nicht abgelenkt durch ein Gespräch, das den Geist fesselte. Sie schwebte in solchen Stunden gern, weil sie inständig den Vorteil des Schwegens fühlte. Und heute war sie wirklich müde, innerlich erregt, gespannt. Sag doch ihr Schicksal so dunkel vor ihr wie das Nebelmeer, wartete sie doch auf die plötzliche Lösung, die auskommen würde, wie jetzt die Schloßbrüme drüben. Es ist das Geheimnis der Heidelberger Schloßbrüme, die sie über jedes Feuerwerk künstlich hochhebt, daß sie immer wieder erscheint wie damals der zerstörende Brand unter General Relac. Doch sie immer wieder jenes unwürdige Schauspiel barbarischer Mordorgel wiederholt, das unversehrt bleiben wird in deutschen Vanden. Von innen erzählt das Schloß, als hätte es in Flammen. Nichts Künstliches, nichts Strebendes. Als tauche es aus dem Dunkel der Nacht für ein paar Augenblicke auf, ein Bild lange vergangener Zeiten.

So oft auch Joachim von Rambow diese Beleuchtung schon gesehen hatte, sie fesselte ihn immer aufs neue. Und schließlich hatte er Karins Hand ergriffen und hielt sie in der seinen.

„Jetzt steht das Schiff der Bandagen ab", sagte er, „wenn es die Brücke erreicht, wird sie erleuchtet."

Und in der Tat fand einige Minuten später auch die Brücke Schein in Flammen, und durch ihre Bogen zog das Schiff der Studenten, während durch die Nachtluft jene Verherrlichung Heidelbergs flammte, die leben wird, solange dort hunte Mützen getragen werden: „Al! Heidelberg, du seine, du Stadt an Ehren reich!"

So sah Karin das Heidelberger Leben aus dem Rahmen eines vornehmen Hauses, an der Seite eines Mannes, der hundert Beziehungen zu denen hatte, die sie die höchsten der Erde nannte. In dem Hotel Scharen Fremder aller Nationen, auf den Straßen lachende Rufensöhne, auf dem Strom gedrängt Schiff an Schiff, ein Tauchen und Tüpfeln, und über dem allen wie eine Erscheinung aus dem Dunkel aufleuchtend und darin verwindend das glühende Schiff. Wie eine Vision Heidelberger Lebens zog das alles durch ihren Geist, und ihre Hand schloß sich fester in die, die sie hielt, und

Badischer Landtag.

50. öffentliche Sitzung.

(Karlruhe, 17. Juni, (Priv.-Tel.)

Präsident Kopf eröffnete um 9 Uhr die Sitzung. Das Tagesgesetz der Beratung des Staats des Finanzministeriums ist fort.

Minister Köhler dankte für die gütige Durchführung des Staatsvoranschlags und die Anerkennung der Tätigkeit der Beamten des Finanzministeriums, ferner dankte er den Herren mit denen in Hause der Staatsvoranschlag behandelt wurde. Die Zahlen des Rechnungsbudgets, sagte er weiter aus, werden in etwa 14 Tagen vorzulegen werden. Der Ausschuss des letzten Rechnungsjahres wird sich nicht veröffentlichen, wie werden ihn revidieren. Die Verteilungsberechnungen werden gemacht, aber dem Landtag wird es nicht gleich möglich sein, sich aus den Zahlen ein Bild zu machen. Der Lieberzug für das Post im Etat ist nicht zu hoch, es wird auch im Walde kein Neubau getrieben, nach den jetzigen Berechnungen wird es bei der Besoldungsordnung nicht mit 100 Millionen Mark abgehen. Wie werden deshalb dafür in Berlin einreden, daß wir auch möglichst großen Anteil an den Steuern erhalten. Die Höhe der Steuern ist durch den Staatsvoranschlag festgelegt. Hinsichtlich anderer schwerwiegenden Schul sachen nach verschiedenen Anstellungen zu bestehen. Der größte Teil der schwebenden Schuld wird uns letztendlich entlasten, denn ein großer Teil davon sind Ausgaben für die Eisenbahn, die wir vom Reich wieder erhalten werden. Auch Kriegsausgaben sind darunter, die das Reich bezahlen wird. Wo Vorzüge bei den Gehältern zu vermeiden sind, um wir es unserer Volkswirtschaft werden täglich Papierchen von Hunderttausenden Mark entzogen, indem man sie ausgereicht um sie der Veräußerung zu entziehen. Wir haben ein Interesse daran, daß diese Gelder wieder in den öffentlichen Verkehr kommen. Das Mesonologie steht bevor. Die Verlegung der Einkommensteuer beginnt 1921, die Verwirklichung des 10% Rohndanges ist zu einer denkbar ungünstigen Zeit gekommen. Wegen die Steuerbefreiungen werden wir ohne jenseitigen Vorzug gehen.

Abg. Schäpke (D.N.) verlangt, daß Württemberg, Baden und Hohenzollern vereinigt werden.

Abg. Dr. Kraus (Soz.) verlangt die Abschaffung vieler überflüssiger Beamten.

Abg. Dr. Baumgartner (Z.): Die neue Literatur der Sozialisten geht weit ab von Marx und Engels. Wenn die Ideen der Sozialisten nicht durchzuführen werden, könne sie gut werden. Ich bin der Ansicht, daß die Zeit der internationalen Sozialisten vorbei ist, aber vor diesem planlosen Sozialismus muß gewarnt werden.

Abg. Dr. Gothein (Dem.) nahm Stellung zu den Ausführungen des Abg. Schäpke über die Vereinigung Badens mit Württemberg. Die Schwierigkeiten seien da nicht genügend hervorgehoben worden, vor allem seien die Plätze nicht erwähnt worden und hier erhöhe sich die Schwierigkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen sehr. Hoffentlich werde diese Frage nicht wieder ohne Berücksichtigung gebracht werden. Dann ging er auf die Blätterische Sozialpolitik über und sagte, daß dieselbe nur teilweise brauchbar wäre.

In der weiteren Aussprache, in der Dr. Moser-Karlsruhe (D.N.), Freiburg (Dem.), Königsberger (Soz.) u. Großhans (Soz.) sich beteiligten, hielt Ministerialrat Dr. Hirsch fest, daß er nicht in der Kammer gelangt habe, der Arbeiter- und Soldatenrat sei an der Verwaltung im Mannheimer Schloß. Nach unwesentlichen Ausführungen wurden die drei Ministerien, Domänen und Forsten einstimmig angenommen. Um 1 Uhr vertogte sich das Haus zur Fortsetzung der heutigen Aussprache am morgen vormittag 10 Uhr.

Deutsches Reich.

Rücktritt aus dem Reichsdienst.

F. München, 17. Juni. (Priv.-Tel.) In einer Angelegenheit betr. des Rücktritts des bayrischen Verkehrsperсонаls aus dem Reichsdienst, hat sich nun auch der Bruder des aus dem Württemberg und Baden mit Bayern solidarisch erklärt und eine einige und geschlossene Front aller süddeutschen Reichsbeamten und Arbeiter in Form einer Arbeitsgemeinschaft geschaffen. In einem Ultimatum an die Reichsregierung verlangt die Arbeitsgemeinschaft bei einem Rücktritt für die Einstellung der Reichsbesoldungsordnung die Gleichstellung mit dem Süddeutschen Landesverband. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so werden die Organisations der Süddeutschen Verkehrsbeamten ihren Mitgliedern empfehlen, von ihrem Rücktritt aus dem Reichsdienst unverzüglich Gebrauch zu machen. Falls die Verhandlungen keine Einigung erzielen, so ist mit dem Rücktritt aller Post- und Eisenbahnbeamten und Arbeiter in Bayern, Württemberg und Baden (etwa 200 000) aus dem Reichsdienst be-

stimmt zu rechnen. Die 3. Jt. in Berlin geführten Verhandlungen mit Vertretern der Arbeitsgemeinschaft sind noch nicht abgeschlossen.

Das süddeutsche Verkehrsperónal gegen jeden gewalttätigen Umsturz.

München, 17. Juni. (Priv.-Tel.) In Anbetracht der unsicheren politischen Lage erklärten die in der Arbeitsgemeinschaft (Bayern, Württemberg und Baden) vereinigten Organisationen des Süddeutschen Verkehrsperónals die in Stuttgart eine Vertreterversammlung abzuleiten, eine von dem Vertreter des bayrischen Postverbandes Landtagsabgeordneter Pratorie eingebrachte und einstimmig angenommene Richtlinie, daß sie auf dem Boden der Reichs- und Landesverfassung, stehen. Sie werden sich gegen jeden gewalttätigen Umsturz wenden, ob er von links oder rechts kommt. Das Post- und Eisenbahnperónal wird derartige Verjuche unerbötlich durch Stilllegung des gesamten Verkehrs im Re me ersticken. Die Arbeitsgemeinschaft hoffe und wünsche, daß diese Richtlinie keine praktische Beistätigung erlangen werden.

Schwierigkeiten in der Ernährung im Industriebezirk.

Düsseldorf, 17. Juni. (Priv.-Tel.) Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat heute an die Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks ein Telegramm gerichtet, worin er mitteilt, daß die Weizenversorgung für die nächste Woche trotz aller Bemühungen nicht besser werden könnte. Die Gemeinden werden beauftragt, für die nächste Woche nur 1/2 Pfund Brot pro Kopf und Woche herauszugeben. Gleichzeitig wandte sich der Regierungspräsident an die Reichsregierung mit der Bitte um entsprechende Abhilfe, da sonst die Ernährungsfrage des Industriebezirks noch kritische Zeiten heraufzuziehen werde.

Die Krise in der bergischen Industrie.

m. Aöln, 17. Juni. (Priv.-Tel.) Die Krise in der bergischen Industrie hat nunmehr auch die Textilbranche ergriffen. Auf der Tagung des Sekretars des heftigen Textilarbeitervereins in Kempten wurde bekannt gegeben, daß zahlreiche Betriebe die Stilllegung angekündigt hätten. Man will zuständigermaßen nun darin vorstellig werden, alsbald vollwirtschaftlich wichtige Notstandsarbeiten vorzunehmen und dahin zu wirken, einen Preisabbaufür wesentliche Lebensmittel durchzuführen. Wenn in dieser Frage nicht volles Verständnis gezeigt wird, so wird das Sinken der Kaufkraft weiterer Volkschichten sich zu einer ersten vollwirtschaftlichen Gefahr ausmachen. Um größeren Entlassungen kaufmännischer Angestellten in der Solinger Industrie vorzubeugen, fanden Besprechungen zwischen dem Verein zur Wahrung der kaufmännischen Interessen und der Arbeitgeberorganisationen statt, wobei man zu dem Ergebnis kam, daß wenn erneute Gehaltsveränderungen nicht gestellt werden, alle Härten in den Entlassungen vermieden werden.

Baden.

Arbeitervertreter in den Orts- und Bezirkskohlenstellen. Karlsruhe, 17. Juni. (Priv.-Tel.) Die Karlsruher Arbeitervertreter haben die Ordnung vom 30. Juli 1917 in den Kommunalverbänden, Orts- oder Bezirkskohlenstellen bestehen: In der mit Erlaß vom 1. Juni 1917 mitgeteilten Verfügung ist bereits vorgesehen, daß den Orts- und Bezirkskohlenstellen mindestens ein Arbeitervertreter beizusetzen sein soll. Das Ministerium des Innern hat daher in einem Erlaß den Bezirksrätern empfohlen, Vertreter der Gewerkschaften in die Orts- und Bezirkskohlenstellen zu senden.

Letzte Meldungen.

Berlin, 17. Juni. (Von unv. Verf. Bern.) Nach einer Mitteilung aus Wien werden der Handelsvertreter der internationalen Kommission, des deutschen Reichsverkehrsministeriums und der polnischen Behörde in Warschau über die Durchreise der Arbeiter imungsberechtigten, durch den polnischen Korridor. Sofort nach Beendigung der Verhandlungen werden Vertreter der polnischen Regierung in Wien mit Vertretern der beteiligten Eisenbahndirektionen des Berliner Reichsverkehrsministeriums und des deutschen Reichsministeriums sich über die endgültige Durchführung der Angelegenheit beraten. Weiter finden Besprechungen über die gegenwärtige den Verkehr nach Dispreuchen lähmende Sperrung des Korridors statt.

Paris, 16. Juni. (Wolff.) Gestern wurde in Paris eine Vereinigung der französischen Kaufleute und Industrieller im besetzten Rheinland gebildet, um die französischen Interessen in Deutschland zu verteidigen.

ein tiefer, tiefer Seufzer des Begehrens stieg aus ihrer Brust. „Was steht Ihnen, Karin? Denken Sie an Ihre Tante? Sie Arme! Es ist das der Joll an die Natur, der Joll der Schmerz. Aber es erscheint mir wie ein Unrecht, daß er sich an Sie hängen darf, denn Sie sind das Leben selbst!"

Er hatte sich zu ihr herabgebogen, ihr weiches Haar streifte seine Schläfe. Er mußte, was ihn zu ihr trieb, wie laut seine Sinne sprachen. In diesen Monaten hatte er sich tausendmal gefragt, daß er durch diese Reigung, die ihn an der Grenze der Jugendjahre überfiel, in Konflikt geriete mit allem, was er hochgehalten habe im Leben. Er war mit Absicht nicht wieder in Berlin gewesen. Er wollte sich der Gefahr entziehen. Die Schullehrerwörter, die von Frau Behrend adoptiert war, freilich, sie war das junge Leben, der steigende Saft im Baume, die keimende Kraft. Sie war das Reis, das man auf den alten Stamm pflanzen konnte, wollte man noch Blüten und Früchte von ihm erwo ten. Aber Joachim von Rambow war kein tapferer Draufgänger. Er scheute sich vor Tante Alexandrines scharfen Augen, mehr aber noch scheute er Thebas verächtlich gezogene Lippen. Theba! Wie schwach war das, was Theba in ihm geweckt hatte, wie ließ es sich tragen Jahr für Jahr! Ein wenig Sehnsucht und ein wenig Liebe! Gut für eine Abendstunde, die langsam durch sein Landhaus verdrämmerte. Ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, das ererbte und übernommen war wie sein Name, wie das Wappen im Besitz, mit dem er seine Briefe versetzte! Und da-egen dieses Brüdern, dieser Lust nach in seinem Blut, wenn die weiche Wunde nur seinen Arm streifte, wenn der Duft ihres Haars ihm entre entweckte! Als Joachim von Rambow sie auf der Brücke gesehen hatte, war ein kräftiger Ruf durch sein ganzes Wesen gegangen. Als der vernünftige Streich seines Lebens vielleicht erschien es ihm, sie zu wählen. Vielleicht war es seines Lebens einsamer Streich, denn er war kein Mann, der Entladungen seiner Kraft gebraucht hatte in seinen Auswanderern. Und jetzt, zwei Stunden später, dachte er überhaupt nicht mehr.

Aber Karin dachte. Und ihm ihre Hand entziehend und sich in den Stuhl zurücksetzend, sagte sie mit selbem Schluchzen: „Ach bin abhängig von Tante Behrend. Ich darf ihr ihren letzten Wunsch nicht verweigern."

„Und ihr letzter Wunsch ist?"

„Doch ich Ihren Rassen beiräte und mit ihm nach Paris zu gehen. Ich muß es tun, wenn sie leben bleibt, und wenn sie stirbt..."

Sie verberg den Kopf in den Händen und schluchzte, ihre Tränen waren echt, kamen aus ihrem Herzen. Wenn Tante

Behrend leben blieb, mußte sie sich ihr fügen. Und Karin a-ante bitterlich bei dem Gedanken an diese Möglichkeit.

Joachim von Rambow war aufgeregter und ging auf der Terrasse hin und her. Wie war es möglich, daß solch ein Ausbruch in seinem Innern war! Karins Tränen erweckten einen Sturm in seiner Seele, drohten sein langames, schwerfälliges Blut zum Siegen. Er wollte sich zu ihr wenden, ihr etwas sagen, sie trösten, als der Diener auf der Terrasse erschien. Drunten war Dunkelheit und die Menge lag an sich zu zerstreuen. Man sah den schwarzen Menschenstrom sich über die Brücke wälzen. Der Hund, der sich freigeigelt hatte, sprang kläffend über die Terrasse. Doktor von Rambow und Karin verließen die Villa. Noch zog eine Kette von Equipagen die Straße herauf. Zufällig erspähte er einen leeren Wagen, hob Karin hinein und setzte sich ihr gegenüber.

Fast im Schritt führen sie über die Brücke. Erst am jenseitigen Ufer konnte ein etwas schnelleres Tempo genommen werden. Sie sprachen beide kein Wort. An der Tür des Hotels verabschiedete er sich von ihr mit einem stummen Handkuss.

Vierzehntes Kapitel.

Am nächsten Morgen begab sich Karin nach der Klinik. Frau Peters empfing sie mit einem bösen Blick. Die Kranke hatte sich am Abend nach ihr gefehlt und war unruhig eingeklappt. Der Arzt war schon dagewesen und hatte die Operation auf den morgigen Tag festgelegt. Frau Behrend bat, daß Karin bei ihr bliebe. Vielleicht könne man am Nachmittage eine Ausfahrt machen, aber sie fühlte sich so verlassen. Jerome sei dagewesen und hätte sich entschuldigt. Er müsse für den ganzen Tag nach Mannheim. Er liebe Karin grüßen und bedauerte, sie nicht mitnehmen zu können. Doch wollte er sie seiner Tante nicht entziehen und hätte in der fremden Stadt auch zu wenig Zeit für sie.

Karin empfand es unangenehm, daß er fort war. Sie fürchtete seine scharfen Augen und den Aufpasser in ihm. Sie sah auf die schwache alte Frau, deren Augen sich förmlich an ihr festhaken, und fühlte sich zum erstenmal in ihrem Leben wie in einer Mausefalle. Aber die Abwesenheit Jeromes machte sie doch freier, und da es unmöglich war, Herrn von Rambow heute wiederzusehen, so fand sie sich in ihre Pflanze. Sie bearbeitete, was Jerome gemeint hatte, wenn er sie Abschlaf von Summ nannte. Und es schien ihr wirklich, sie habe von ihrer Kraft etwas in die zitternden Hände, die die ihrigen umklammerten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Das unappetitliche Papiergeld. Wenn man bei der letzten Papiergeld-Not tagtäglich, besonders als Kleinhandler, im Verkehr mit dem Publikum viel Papiergeld in kleinen Scheinen (25 Pf. bis 5 Mark) in Zahlung bekommt, so schaudert einem die Haut...

Die Ausfuhranlagen auf dem Neckar. Die Ausfuhranlagen auf dem Neckar sind in den letzten Monaten, wo sie ohne regelmäßige Besuche waren, viel stiller...

Polizeibericht vom 17. Juni 1920. Reichenlandung. Die Leiche des im Polizeibericht vom 14. ds. Mts. erwähnten 22 Jahre alten, ledigen Glasers Fritz Bogi...

Zwei Körperverletzungen. Verübt im Hause Bangstraße 30 und im Hause Redarnerstraße 223 in Redarau, gelangten zur Anzeige.

Verhaftet wurden 23 Personen wegen verschiedener Straftaten. Verhaftet wurden 23 Personen wegen gemeinschaftlich verübter Handlungen, darunter 5 Personen wegen gemeinschaftlich verübter Handlungen...

Mannheimer Strafkammer.

Wahnsinnigkeit in der Schwinger Lebensmittelversorgung. In fünfjähriger Verhandlung erörterte am Mittwoch die Mannheimer Strafkammer eine Reihe schwerer Anklagen gegen den früheren hiesigen Bürgermeister von Schwingen...

Sursum corda!

Von Dr. Hugo Eberthagen, Berlin-Wilmersdorf. "Empor die Herzen!" — diese den Magelstern Veremid entstammende Worte sollten uns jetzt immer vor Augen leuchten. Denn nach wie Deutsche können ja auch solche Lieder anstimmen...

frühere Gemeinderat Johann Neun bestätigte es, daß der Jüden dem Angeklagten vom Gemeinderat zugewiesen wurde, um untertänig die gebührende Obhut zu leisten...

Von den 18 geladenen Zeugen wurden nur vier vorgeladen. Der frühere Gemeinderat Neun bestätigte, wie schon erwähnt, die Angaben des Angeklagten über die Vorgänge im Gemeinderat...

ep. Übung. Verband zur Pflege der weiblichen Jugend in Baden. Am 3. und 4. Juni fand in Freiburg die dortige 9. Jahresversammlung statt. Der Festgottesdienst fand in der Christuskirche...

Vereinsnachrichten.

erziehe ständlich und täglich deinen Willen, daß er „fest und unerschütterlich“ werden muß.

Dieser Wille muß auf die Pflichterfüllung gerichtet sein, sonst hat er keinen Wert. Nur durch Handeln, nicht durch Betraden lernt man sich selber kennen, und dadurch kommt man zur Erfüllung seiner Pflicht...

Aus solcher Saat werden Rosen erblühen, Rosen köstlichster Art. Wo Herz und Hand, geistiges Schöpfen und rührige Arbeit am Werk gewesen sind und bleiben, da kann nicht fehlen...

Eines deutschen Dichters (Göthe) Gleichnis: "Trag Rosen! komm, trag Rosen!" führe ich an: "Ein Knabe mit langen, braunen Locken hat innig und schmeichelnd, voll zitternder Sehnsucht und Angst...

Darum: sursum corda! Laßt uns Herz und Hand erheben in nimmer ruhendem Denken, Fühlen und Tun, laßt den Willen zur Tat werden! Jeder Deutsche, der in deutschen Landen weilt oder sich in der Fremde aufhält, liebt sein Vaterland in treuester Pflichterfüllung...

harr. Stadtpfarrer Schwarz begrüßte im Namen des Kirchengemeinderates. Herr Pfarrer Dr. Schmid übernahm über das Wort "Der Weiser ist da und zusetzt". Er überbrachte die Grüße der oberen Kirchenbehörde...

Kommunales.

Freiburg, 16. Juni. Nach einem Beschluß des Stadtrates will die Stadigemeinde dem Groverband badischer Gemeindefassen beitreten. Die Gebühren der Abfuhrkosten sollen beträchtlich erhöht werden...

Karlsruhe, 15. Juni. Das im Entwurf vorliegende Badische Landesgesetz über die Grunderwerbsteuer gibt den Gemeinden die Ermächtigung, mit Wirkung vom 1. Oktober 1919 ab einen Gemeindezuschlag zur Grunderwerbsteuer zu erheben...

Oppenau, 16. Juni. Bei der Bürgermeistereiwahl wurde Bürgermeister Franz Josef Kleinbrod gewählt.

Pfungstadt, 14. Juni. Für die Erbauung von 6 Wohnhäusern zur Erweiterung des Wasserwerkes und für Betriebskapital wird die Gemeinde eine Anleihe von 600 000 M. aufnehmen.

Grödenheim, 14. Juni. Die günstigen Verhältnisse ermöglichen unserer Gemeinde, von der Erhebung eines weiteren Fieles Gemeindesteuern abzusehen.

Darmstadt, 10. Juni. Zur Kanalisierung des Baugebietes der Gemeinnützigen Baugesellschaft am Dornbühlweg wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung ein Kredit von 200 000 M. bewilligt.

Wetzlar, 15. Juni. Durch eingeführte holländische Kartoffeln ist die Stadt in der Lage, bis zur neuen Ernte die Kartoffelration auf 7 Pfund pro Kopf festzusetzen.

Sportliche Rundschau.

Für die Rennen zu Hartzburg, die der Verein Deutscher Fußballspieler und Rennstallbesitzer am 18., 21., 23. und 25. Juli veranstaltet, liegen jetzt die Ausschreibungen vor.

Die IV. Rudertage des Norddeutschen Ruderverbands. Bei prächtigem Sommerwetter hielt am Sonntag der Norddeutsche Ruderverband seine IV. Regatta...

Ein großer leichtathletischer Städtekampf ist für den 25. Juli in Waghedburg abgeschlossen worden. An dem Wettkampf nahmen die Städte Leipzig, Halle, Magdeburg und Dresden teil.

Wetternachrichtendienst.

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Beobachtungen von Mittwoch, den 16. Juni 1920, 8 Uhr morgens (MEZ) auf Grund land- und funktelegraphischer Mitteilungen.

Table with 7 columns: Ort, Luftdruck in NN mm, Temp. C, Wind Richtung, Wind Stärke, Niederschlag in mm, and Niederschlag der letzten 24 Stunden mm. Rows include Hamburg, Königsberg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Rappnburg, Stockholm, Spangenberg, Bielefeld, Paris, Karlsruhe, Jülich, and Wien.

Table with 7 columns: Ort, Luftdruck in NN mm, Temp. C, Wind Richtung, Wind Stärke, and Bemerkungen. Rows include Karlsruhe, Baden-Baden, Rastatt, Freiburg, and St. Gallen.

Detaillierte Wetter bis Freitag, 16. Juni, nachts 12 Uhr: Wolkig, wieder trübliche Gewitter. Später etwas kläulich.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Ein ungültiges Badisches Steuergesetz.

Im Anschluß an unseren Artikel im Abendblatt vom 10. d. M. ist auf eine höchst eigenartige Auslegung hinzuweisen, welche das Gesetz über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens im Rechnungsjahr 1920/21 seitens der Stadtgemeinde Karlsruhe erfahren hat.

Es wird nämlich in Karlsruher Blättern eine anscheinend offiziöse Notiz veröffentlicht, wonach die Stadt Karlsruhe auf Grund dieses Gesetzes im Rechnungsjahr 1920/21 130 Pfg. Umlage von 100 M. Steuerwert erheben dürfe. Nun hat die Stadt Karlsruhe für das Kalenderjahr 1919 an Umlagen (einschließlich Nachträgen) 68 Pfg. erhoben; 150% davon sind nur 102 Pfg. Wie kommt nun die Stadtverwaltung auf 130 Pfg.?

Offenbar so, daß sie als Umlagebetrag für das Steuerjahr 1919 den vierfachen Betrag des für das erste Kalenderquartal 1920 erhobenen Satzes von 26 Pfg. = 104 Pfg. annimmt und hiervon 150% berechnet. Vermutlich soll die seinerzeit erfolgte Verlegung des staatlichen und gemeindlichen Rechnungsjahrs auf die Zeit vom 1. April bis 31. März für diese eigenartige Konstruktion das rechtliche Fundament bilden. Dieses Fundament wäre aber nicht tragfähig.

Auch Gesetze sind doch wohl wie Verträge nach Treu und Glauben ausulegen. Nun sagt schon der gesunde Menschenverstand, daß man bei Statuierung der 150% igen Grenze für die Besteuerung im Rechnungsjahr 1920/21 nur gleichartige Größen in Beziehung zueinander setzen wollte und konnte, also nur ein Jahr von vier Vierteljahren mit einem solchen von gleicher Dauer, mit anderen Worten also das Kalenderjahr 1919 mit dem neuen Rechnungsjahr vom 1. April 1920 bis 31. März 1921. Der Versuch, das dazwischenliegende erste Kalenderquartal 1920 einfach als „Steuerjahr 1919“ zu behandeln, ist rein willkürlich und entbehrt jeder rechtlichen Grundlage.

Allerdings wäre es vielleicht, um angesichts der Verlegung des Rechnungsjahrs alle etwaigen Unklarheiten zu vermeiden, richtiger gewesen, den Wortlaut des Gesetzes etwas deutlicher zu formulieren. Daß es der Stadt Karlsruhe bei ihrer Berechnung übrigens selbst nicht recht geheuer ist, scheint daraus hervorzugehen, daß sie für 1920/21 zunächst nur 104 Pfg. Umlage anfordert, will sich aber eine Nachforderung beim Bürgerausschuß vorbehält. Die eigenartige Auslegung des Gesetzes, die hier seitens einer Behörde versucht wird, wird zweifellos in weiteren Kreisen Befremden erregen; man wird daher annehmen dürfen, daß in der Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Würde man sich der Berechnung der Stadt Karlsruhe anschließen, so würden sich die Ziffern in dem von uns am 10. d. M. gebrachten Beispiel noch wesentlich verschieden. Aus einem Bruttovermögen von 50000 M. wären nämlich unter Grundlegung des entsprechenden Mannheimer städtischen Satzes von 162 Pfg. alsdann 14437 50 = 28 7/8 % des Vermögensbestandes, oder bei einer Rentabilität von 5%, nicht weniger als 57,75% des Ertrags allein an staatlicher und städtischer Gewerbesteuer vorweg zu entrichten. Um so mehr würde in solchem Falle das Reich hierin eine Schädigung seiner Einnahmen erleiden und von dem ihm gesetzlich zustehenden Einspruchsrecht Gebrauch machen. Der Vorfall beweist von neuem, wie unrichtig es war, daß man es seinerzeit leider unterlassen hat, im Landessteuergesetz eine einheitliche Höchstgrenze für die Ertragsbesteuerung durch Länder und Gemeinden festzulegen.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 17. Juni. (Drath.) Im Zusammenhang mit der vorwiegend schwächeren Tendenz der ausländischer Zahlungsmittel nahm der Verkehr keine regere Tätigkeit an. Angeboten waren besonders Auslandspapiere. Kolonialpapiere ließen schwache Tendenz erkennen. Ebenso lagen Petroleumaktien schwach. Deutsche Erdöl ließen nach der großen Aufwärtsbewegung der letzten Zeit 10% Deutsche Petroleum 15% nach. Bei Schantungbahn betrug die Einbuße 9%. Deutsch-Überrhein gab mit 79 3/4 nach. Von einer nennenswerten Beteiligung konnte weder am Montanaktienmarkt, noch an den Spezialmärkten die Rede sein. Phönix-Bergbau lagen matt. Gelsenkühener gaben 3%. Mannesmann 4%, Rhein, Stahlwerke 4% nach. Am Markt der chemischen Aktien blieb die Umsatztätigkeit recht beschränkt. Scheideanstalt und Farbwerke Höchst blieben behauptet. Auch Badische Anilinwaren mit 446 nur wenig verändert. A. E. G. wurden niedriger genannt. Bergmann lagen fester. Zellstoff Waldhof waren abgeschwächt, dagegen Zellstoff Aschaffenburg fest. Der Jahresabschluss der Diskontogesellschaft übte eine besondere Anregung nicht mehr aus. Immerhin blieb die Tendenz fest. Deutsche Bank, Dresdner Bank und Nationalbank für Deutschland zogen an. Berliner Handelsgesellschaft blieben mit 266 3/4 3/8% ein. Mexikaner schwächten sich ab. Privatdiskont 4%.

Berliner Börse.

Berlin, 17. Juni. (Drath.) Kennzeichnend für den heutigen Börsenverkehr war die sich auf alle Umsatzgebiete erstreckende Abschwächung die beim Fehlen dringlichen Angebots allerdings besonders erhebliche Kursrückgänge nicht zur Folge hatten. Es waren sogar einzelne Besserungen zu verzeichnen. So stellten sich Thale Eisenhütte 7 1/2% höher. Am Bankmarkt zogen Deutsche Bank, Diskontogesellschaft und Dresdner Bank etwas an. Im Verlaufe trug auch die Abrechnung Dr. Mayer, die Kabinettbildung zu übernehmen, zur Verstärkung bei, was in einer weiteren Einschränkung des schon recht stillen Geschäfts zum Ausdruck kam. Am Montanaktienmarkt verloren Phönix unter Schwankungen u. Bochumer u. Lothringer Hütte 3%. Elberfelder Farben blühten b. Höchster Farbwerke 4% ein. Petroleumaktien stellten sich zum Teil gegen die gestrigen Notierungen höher, wiewohl im Vergleich zu den aus Frankfurt gemeldeten Kursen einen Rückgang auf. Vom Anlagemarkt sind nur vereinzelte Kursveränderungen zu berichten.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 17. Juni. (Drath.) Im Auftrage des Finanzministeriums ordnet die Stelle für ausländische Wertpapiere an, daß folgende durch die Bekanntmachung des Reichsanstalters für Wiederaufbau vom 12. Mai 1920 beschlagnahmte Wertpapiere in der Zeit vom 21. bis 30. Juni ds. J. abzuliefern sind: Shares des Rosario Nitrate Company weiter Aktien der St. Pauli Brewery und zwar sowohl Stamm- als Vorzugsaktien, weiter Shares des Canada Pacific, sowie der South West-Africa Company. Der Eigentümer hat diese Wertpapiere bei derjenigen Stelle bei der er sie gemäß der erwähnten Bekanntmachung und der Ausführungsanweisung vom 12. Mai 1920 angemeldet hat, unter Beifügung der ihm über die Anmeldung erteilten Quittung und unter Vorwahrung der bei den Reichsbankanstalten erhältlichen Vordrucke einzureichen. Er hat dabei zu erklären, ob er die Auslieferung eines auf den Inhaber lautenden Ablieferungsscheines unter den in den Vordrucke vorgesehenen Bedingungen beantragt. Die Verrechnungsstellen sind verpflichtet, mit den von ihnen entgegengenommenen Wertpapieren und mit den Beständen ihrer eigenen durch die Ausführungsanweisung betroffenen Wertpapiere nach den Weisungen der Stelle für ausländische Wertpapiere zu verfahren. Die Entscheidung über die Entsendung der abzuliefernden Wertpapiere bleibt vorbehalten.

Maschinenbau-Anstalt und Dampfkesselfabrik A. G. Darmstadt vorm. Venuleth u. Ellenberger und Göhlig & Leuchs, Darmstadt. Bekanntlich haben die beiden Werke ein Gemeinschaftsverhältnis eingegangen. Die Inlandsbestellungen waren gering, die Auslandsaufträge befriedigend. Der Reingewinn stellt sich auf 137 197 M. (92 436 M.), wovon wieder 10% Dividende auf das infolge der Fusion um 350 000 M. auf 850 000 M. erhöhte Grundkapital verteilt werden. Die Bilanz verzeichnet u. a. 1,93 (0,87) Mill. M. Kreditoren und Zahlungen gegenüber 1,35 Mill. M. (0,62 Mill. M.) Debitoren. 0,4 Mill. M. (0,01 Mill. M.) Wechseln, 0,36 Mill. M. (0,16 Mill. M.) Effekten und 0,59 Mill. M. (0,30 Mill. M.) Vorräten. Auftragsbestand und Auslandsbestellungen sind im neuen Jahr gestiegen.

Neueste Drahtberichte.

Ablieferung beschlagnahmter Wertpapiere.

Berlin, 17. Juni. (Eig. Draht.) Im Auftrage des Finanzministeriums ordnet die Stelle für ausländische Wertpapiere an, daß folgende durch die Bekanntmachung des Reichsanstalters für Wiederaufbau vom 12. Mai 1920 beschlagnahmte Wertpapiere in der Zeit vom 21. bis 30. Juni ds. J. abzuliefern sind: Shares des Rosario Nitrate Company weiter Aktien der St. Pauli Brewery und zwar sowohl Stamm- als Vorzugsaktien, weiter Shares des Canada Pacific, sowie der South West-Africa Company. Der Eigentümer hat diese Wertpapiere bei derjenigen Stelle bei der er sie gemäß der erwähnten Bekanntmachung und der Ausführungsanweisung vom 12. Mai 1920 angemeldet hat, unter Beifügung der ihm über die Anmeldung erteilten Quittung und unter Vorwahrung der bei den Reichsbankanstalten erhältlichen Vordrucke einzureichen. Er hat dabei zu erklären, ob er die Auslieferung eines auf den Inhaber lautenden Ablieferungsscheines unter den in den Vordrucke vorgesehenen Bedingungen beantragt. Die Verrechnungsstellen sind verpflichtet, mit den von ihnen entgegengenommenen Wertpapieren und mit den Beständen ihrer eigenen durch die Ausführungsanweisung betroffenen Wertpapiere nach den Weisungen der Stelle für ausländische Wertpapiere zu verfahren. Die Entscheidung über die Entsendung der abzuliefernden Wertpapiere bleibt vorbehalten.

Ansteigen der Kohlenförderung im Mai um 400 000 t. r. Düsseldorf, 17. Juni. (Eig. Draht.) Die Kohlenförderung der Ruhrzechen betrug im Mai 7 092 251 t. 16 23% Arbeitstagen, gegen 6 611 537 t. im April mit 24 Arbeitstagen.

Preisermäßigung für Nieten.

r. Düsseldorf, 17. Juni. (Eig. Draht.) Der Verein Deutscher Nietenfabrikanten in Düsseldorf hat mit Wirkung vom 17. Juni seine Preise für Schiffs- und Kesselnieten um 700 M. auf 6000 M. pro Tonne Grundpreis ermäßigt. Die Aufschläge für Handelsnieten wurden von 1600 auf 1400 % ermäßigt.

Waren und Märkte.

Anziehen der Preise auf der Mannheimer Häute-Auktion. Mannheim, 17. Juni. In der heute hier in Mannheim abgetretenen Häuteauktion setzten sich neue Tendenzen durch. Der Verkauf ging flott vonstatten, der Besuch war reger. Es wurden folgende Preise erzielt: Kuhhäute bis 60 Pfund 10,60-10,95 M., 60-79 Pfund 11,25-11,55 M., Rinderhäute bis 39 Pfund 10,55 M., 40-60 Pfund 11,85 Mark, 60-79 Pfund 12,15-12,45 M., Ochsenhäute bis 60 Pfund 10,70-11,45 M., 60-79 Pfund 12 Mark, Kalbfelle ohne Kopf 15,20-15,75 M. pro Pfund, mit Kopf 13 M.

Hieraus ergibt sich, daß die Preise ungefähr 5% höher sind wie auf der vorgestrigen Frankfurter Auktion. Ferner sei hierzu noch darauf hingewiesen, daß der Teilmarkt der Häute bekanntlich um 6 M. gelegen war, so daß heute bereits wieder die Preise um annähernd 100% wieder angezogen haben.

Fachliteratur.

Wuchergerichte, Scheidhandel, Preistreiber. Von Dr. Fritz Juliusberger I, Rechtsanwalt in Berlin. Preis 4,50 M. und Buchhändlersteuerzuschlag. Industrieverlag Spaeth u. Lindé, Fachbuchhandlung für Rechtswissenschaft, Berlin C. 2. Unter der Fülle neuer Gesetze hat das vorliegende für die meisten Gewerbezweige eine ganz besondere Bedeutung. Die Schrift bezweckt, in leicht verständlicher, flüssiger Darstellung eine Erläuterung der wichtigsten Fallstricke der Wuchergesetzgebung zu geben und zu zeigen, wie der Betroffene sich zu verhalten hat, war dem Geschäftsmann ermöglicht, sich kurz und zuverlässig zu unterrichten.

Berliner Produktmarkt.

Berlin, 17. Juni. (Drath.) Am Produktmarkt zeigte sich für Hafer noch Nachfrage vom Westen und seitens des Konsums, so daß die Preise sich befestigen konnten. Im Einklange hiermit interessierte man sich sehr für Hälserefrüchte, doch stellten sich die Preisgebote für Ackerbohnen und Pelerchen niedriger. Heu behauptete seinen Preisstand, Stroh blieb reichlich angeboten. — Hafer-Notierungen: loco Bahn —; spätere Lieferungen 2380-2400. Tendenz fest.

Wirtschaftliche Rundschau.

Vereinigte Speditoren und Schiffer Rheinschiffahrtsgesellschaft m. b. H. Mannheim.

Das Betriebsergebnis war, wie der Geschäftsbericht erwähnt, ausreichend, um den Gesellschaftern B eine Unkostenvergütung auszusahlen. In besonderer Weise ist das Geschäftsergebnis von den Auslandsverpflichtungen (Valutaverpflichtungen) der Gesellschaft beeinflusst worden, weshalb die Bilanz mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließt. Es ist jedoch gelungen, die Guldenengagements zu konsolidieren. Die Errechnung eines Vermögensanteils erübrigt sich. Die Einnahmen betragen im Jahre 1919 einschließlich Vortrag von 10 217 M. aus Beteiligungen u. Frachtschiff 17 191 Mill. M. Daraus stehen Ausgaben im Betrage von 17 161 Mill. M. (und zwar Schlepplöhne 4,6 Mill. M., Fabrikkosten usw. 2,76 Mill. M., Unkostenzahlungen und Gesamtkosten in einer Summe 8 477 Mill. M., Kurverluste 613 428 M., Abschreibungen 339 304 M., Valuta-Reserveerhöhung 300 000 M.), so daß 26 868 M. verbleiben, wodurch der durch die rotwiderige Höherbewertung der Guldenverpflichtungen entstehende Bilanzverlust vermindert wird.

Internationale Fristen für Wechsel und Schecks.

Berlin, 17. Juni. Nach § 1 des Reichsgesetzes vom 3. April 1920 (Reichsgesetzbl. Seite 445) beginnen die im Artikel 300 a und § des Friedensvertrages bezeichneten Verjährungs-, Ausschluss-, Vorlegungs- und Verfallfristen am 16. August 1920 wieder zu laufen, während die im Artikel 301 des Friedensvertrages vorgesehenen Vorlegungs-, Protest- und Benachrichtigungsfristen mit dem Ablauf des 18. August 1920 enden. Diese Fristen gelten lediglich für das Deutsche Reich und kraft einer Vereinbarung mit der französischen Regierung auch für Frankreich. Nach den maßgebenden britischen Bestimmungen ist für das britische Reich, mit Ausnahme von Kanada und Indien, der 10. Juli für den Wiederbeginn der im Artikel 300 und den Ablauf der im Artikel 301 des Friedensvertrages vorgesehenen Fristen maßgebend. Für Kanada tritt an die Stelle des 10. Juli der 1. Juli 1920, während für Indien eine Fristsetzung noch nicht erfolgt ist. Für Siam ist der 11. Juli 1920 als der maßgebende Zeitpunkt bezeichnet. Umgehende Anmeldung für Wechsel und Schecks beim Ausgleichsamt ist daher zur Fristwahrung nötig.

Aufhebung der Einkaufssperre im Textilgewerbe. Die seinerzeit erfolgte Verlängerung der Einkaufssperre gegen die Lieferantenverbände ist nunmehr wieder aufgehoben worden. Der Textildetailhandel und die Konfektionsverbände haben sich zu einer gemeinsamen Front gegen die Lieferantenverbände zusammengeschlossen.

Kapitalerhöhung zu Fusionszwecken. Wie gemeldet, wird die Karlsruher Brauereigesellschaft vorm K. Schrempf die Brauerei Prinz in Karlsruhe übernehmen. Zu diesem Zweck wird eine Kapitalerhöhung um 800 000 M. vorgenommen, wodurch sich das Aktienkapital der Brauerei Schrempf auf 2,9 Mill. M. erhöht.

Jahresergebnisse. Gebrüder Bühler u. Co. A. O. Berlin: Reingewinn 4,72 Mill. M. Dividende wieder 12%. — Stoewer-Werke A. O., Stettin: Bei 859 887 M. Reingewinn (i. V. 1,7 Mill. Mark) Dividendenentziehung auf 15% von 12%.

Frankfurter Börse.

Table with columns for various stock indices and prices, including Festverzinsliche Werte, Transport-Aktien, Industrielle Aktien, and Dividenden-Werte.

Berliner Börse.

Table with columns for various stock indices and prices, including Festverzinsliche Werte, Aktien, and Dividenden-Werte.

Dividenden-Werte.

Table listing dividend-paying stocks and their respective values.

Devisen-Kurse.

Table showing exchange rates for various international currencies.

Frankfurter Devisen.

Table showing exchange rates for various international currencies from Frankfurt.

Frankfurter Notenmarkt.

Table showing market rates for various banknotes.

Frankfurter Notenmarkt.

Table showing market rates for various banknotes.

Aus dem Lande.

ch. Aus dem Neckar, 16. Juni. Die Heuernte ist eingeleitet. Es hat viel Arbeit gefordert, denn in einzelnen Gemeinden...

Daltingen, 16. Juni. Am Sonntag hat sich hier der Bürgerbund zur Erhaltung des Schlosses Bürgeln gebildet. Vorsitzender wurde Bürgermeister Dr. Engelmeier-Röhrig.

Geiersheim, 15. Juni. Hiesigen Weinhändler wurden aus dem benachbarten Elsfeld laut 'Stauf. Wochenbl.' Angebote für Wein gemacht, wonach der Liter sich nur auf 8-12 Mark stellen würde.

Freiburg, 17. Juni. Am Dienstag nachmittag wurde in der Nähe von Herden die Leiche eines noch jungen Mannes aufgefunden, die nur mit einem Hemd bekleidet war.

Herz, 15. Juni. Oberamtsrichter M. hat sich, während seine Frau letzten Sonntag in der Kirche war, aus Scherz ein Kind erschaffen.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Reustadt a. S., 14. Juni. Neuerdings klagen unsere Hausfrauen sehr darüber, daß die Milch, die sie von den Milchhändlern erhalten, so oft sauer ist.

Aus der Pfalz, 17. Juni. Mit dem Borrücken der Obstpreise werden auch die Preise für die einzelnen Sorten immer unerschwinglicher. Trotz guter Ernte sinken die Pfundpreise...

Für Autos sofort lieferbar: Vollgummi Autopneus Akkumulatoren Scheinwerfer u. Entwickler August Kremer, Mannheim. 800-1000 Meter Fabrikraum Mannheim oder nähere Umgebung zu kaufen oder mieten gesucht.

Verstärker und den Bucher auf dem Obstmarkt vermittelte ein Hofrat des Gewerkschaftsrats der Obfingemeinde Freinsheim...

Worms, 7. Juni. Billigerer Schuh in Stadt und Kreis Worms wird es jetzt geben. Die Schuhwarenhandlung von Worms...

Oppenheim, 8. Juni. Ein gefährlicher Gift- und Ausschlag befand sich zur Zeit im Oppenheimer Gefängnis. Es ist ein junger Mensch aus Rodenheim, der verurteilte Einbruchsdiebstähle ausgeführt hat.

Darstadt, 14. Juni. Die Einkünfte der letzten Zeit, bei denen große Mengen Wertobjekte gestohlen worden sind, erfahren gegenwärtig ihre Aufklärung.

Wald, 14. Juni. Nach einem öffentlichen Anschlag im Hauptbahnhof ist Mainz als Zentralsammelplatz der für Oberpfalzen vorgesehenen französischen 46. Division der Alpenjäger bestimmt worden.

Wiesbaden, 17. Juni. Die Kreisbauernschaft für den Landkreis Wiesbaden hat für die demnächst beginnende Ernte der Kartoffeln einen Ankaufspreis von 60 M. für den Zentner festgesetzt.

Stuttgart, 16. Juni. Der am 11. Juni an der 75 Jahre alten Bauersechfrau Dorothea Harr, geb. Hämmerle in Delsch,

bronn, O.M. Herrenberg, verübte Raubmord, dessen Begehung durch die Kriminalabteilung des Landespolicamts sofort aufgenommen und nachdrücklich betrieben wurde.

Gerichtszeitung.

Y Zweibrücken, 16. Juni. Vor dem Schwurgericht der Kreis hatte sich die Blaukittlerwitwe Juliana Wewel, zuletzt in Kandel, wegen einer Reihe Verbrechen wider das Leben zu verantworten.

Darstadt, 15. Juni. Am 18. April d. J. haben die Angeklagten Hb. Dohler, Otto Grische, Jol. Raff, Max. Spachmann und Emil Schumann, die sich im Gefängnis zu Offenbach in Untersuchungshaft befanden, verurteilt, nach vorheriger Ermüdung den Gefangenenaußerhalb zu überwallen, um ausbrechen zu können.

Darstadt, 15. Juni. Am 18. April d. J. haben die Angeklagten Hb. Dohler, Otto Grische, Jol. Raff, Max. Spachmann und Emil Schumann, die sich im Gefängnis zu Offenbach in Untersuchungshaft befanden, verurteilt, nach vorheriger Ermüdung den Gefangenenaußerhalb zu überwallen, um ausbrechen zu können.

Offene Stellen Gesucht werden: 3 ledige Schweiger nach auswärts 1 Widler für Gleichstrom 1 Metallformer 1 Kernmacher 1 selbständiger Feuerschmied für Wagn- und Karosseriebau zur Leitung einer Schmiede 3 Feilenhauer (2 Maschinen-, 1 Handhauer) 1 Uhrmacher für elektr. Uhren 1 Uhrmacher für Reparaturen 1 verh. Sattler über 25 Jahre mit guten Zeugnissen als Aufsichtsperson 10 Mühlenstreiner 1 Stadtschreiber 1 erst. Damenfrisier (Saisonstelle) nach auswärts 2 Herren- und Damenfrisier 1 Putzmacher. Arbeitsamt N 6. 4. 5

Gesucht für einen Geschäftsführerposten zum sofortigen Eintritt ein in Mannheim ortsanständiges Ehepaar, durchaus demontiert im Automatenrestaurant- oder Delikatessenbetrieb. Wohnung vorhanden. Verdienst beim Stadt. Arbeitsamt Mannheim. Nacharbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe N 6, 3. 5

Platzvertreter bei Wirten gut eingeführt, für den Verkauf unseres bestgefertigten Obstweins für hier u. auswärts gesucht. 4647 Gebr. Weil Mannheim Lindenhofstraße 9. Sucht pflichtgetreue, ordnungsliebendes 4603 Zimmermädchen. Robelgewandt mit guten Empfehlungen. Diner vorhanden. Gute Behandlung und Verpflegung. Frau Rommelspennert Liesenberg Neustadt an der Haardt. Erlaubenes 3153 Alleinmädchen per sofort od. später gesucht Frau Gerlach, Stephanienpromenade 18. Stellen-Gesuche Vers.-Beamter 25 Jahre, mit allen Büroarbeiten vertraut, sucht sofortige Stellung. Angebote unter U 1 84 a. b. Geschäftsstelle. *7719 Telephonistin in größerem Werte tätig, sucht passende Stellung. Angebote unter T. H. 25 an die Geschäftsstelle d. Bl. Bin Fräulein sucht Stellung für Stenographie und Buchführung; war schon vier Jahre tätig. Angebote unter T. R. 37 an die Geschäftsstelle d. Bl. *5193 Fräulein sucht in Ruhe und Hausarbeit auch Stellung bei Einzelhändler, tüchtiger Hausfrau oder einzelnem Herrn. *7663 Angebote unter K. 1488 an Mannh. Gen.-Anzeig. Zweigst. Kooplerstr. 42. Verkäufe. Der 1. Okt. 20 beschlossene VILLA in Ort d. Bergstr. gelegen, 9 Zimmer u. Nebenbau, Zentralheiz., elektr. Licht, Wasser, sehr große Obstgärten, sofort zu vert. Rab. Wolff, Moos & Co., G. m. b. H., Bensheim. Kinderwagen für 150 M. 2 vert. *7724 Strehler, 28. 4. Stad. Ita.

Wichtig für jeden Arbeitgeber! Steuerabzug Formulare und Anleitung zur praktischen Durchführung des 10%igen Steuerabzuges, bearbeitet von Syndikus Fr. Neef, Mannheim sind ab 21. d. Mts. in meinem Verlag zu beziehen und zwar: 1. Anleitung zur praktischen Durchführung des Abzugsverfahrens 2. Sammel-Buchungskarte für jeden Arbeitnehmer. Sonstige Spezialformulare werden nach sachkundiger Beratung auf Bestellung schnellstens angefertigt. Verlag-Anstalt, Johannes May Industriepapier-Verlag, Buch- und Kunststricker MANNHEIM. Mk. 30 000.- auch geteilt auf 11. Hypothek auszul. Ang u. E. L. 136a Gesch. 4639. Hand u. Stirnweize erhalten Sie stets besonders groß u. fehlerfrei in ein- u. doppelfachem Maß. Hohe zu jed. Haarfarbe pass. sehr billig bei 4413. Kraft, J. O. Breitestraße Kunstschere sehr unerschütterlich groß 2.75 M.

Tätowierungen entwerfen unter größter Genauigkeit. Ein genaues Bild des gewünschten Bildes ist erforderlich. Preis 10 M. bis 20 M. nach Schwierigkeit. Liebigstr. 11. 4639.

MARCHIVUM

Antliche Bekanntmachungen

Zum Vermögen der verstorbenen Frau ...
Zur Abrechnung der ...
Mannheim, den 11. Juni 1920.

Zum Vermögen der verstorbenen Frau ...
Zur Abrechnung der ...
Mannheim, den 12. Juni 1920.

Zur Abrechnung der ...
Mannheim, den 7. Juni 1920.

Antliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Der Bürgerausschuß hat heute auf eine ...
Mannheim, den 11. Juni 1920.

Oeffentliche Versteigerung.

Freitag, den 18. Juni 1920, nachmittags 2 Uhr ...
Mannheim, den 11. Juni 1920.

1 Partie größere Weinfässer.

Mannheim, 17. Juni 1920.

Jagdverpachtung.

Die hiesige Gemeinde verpachtet am Dienstag, den 6. Juli 1. Jz., nachmittags 3 Uhr ...
Daisbach, 15. Juni 1920.

Bürgermeisteramt
Schmitt, Glasbrenner.

Wecker und Wanduhren
in unbegrenzter Auswahl
Ludwig Groß, F. 2, 4a, Marktstraße.

Vertretung eines erstkl. Fabrikats sucht Reisender
der ganz Baden (auch kleinere Orte) bereit noch zu übernehmen.
Zu dir erbeten u. T. L. 31 an die Geschäftsstelle.

Zu kaufen gesucht: Ein schwerer Zweispänner-Kastenwagen
gebraucht, aber gut erhalten
Albert Wagner Ludwigshafen a. Rh.
Fernsprecher 10, 11 u. 12. 7310

Statt besonderer Anzeige.

Unerwartet entschlief heute in Bad Teinach mein getreuer Gatte, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Apotheker Carl Müller

im Alter von 67 Jahren.
MANNHEIM-NECKARAU, 15. Juni 1920.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

- Frau Marie Müller geb. Lochert
- Frau Lotti Wagenmann geb. Müller
- Otto Müller, Apotheker
- Frau Martha Müller geb. Lumpf
- Albert Wagenmann und drei Enkelkinder.

Die Einäscherung findet Samstag, den 19. ds., nachmittags 3 Uhr im hiesigen Krematorium statt. *7714

Bilanz der Mitteldeutschen Creditbank per 31. Dezember 1919.

Aktiva.		Passiva.	
Mark	Stk.	Mark	Stk.
Nicht eingezahltes Aktienkapital	—	Aktienkapital	60.000.000
Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten- u. Abrechnungsbanken	108.967.006	Reserven	9.250.000
Wechsel und unverzinsliche Scheckausweisungen bei Banken und Bankfirmen	307.399.702	Kreditoren	1.019.100.469
Reports und Lombards geg. Börseng. Wertpapiere	92.157.037	Akzente und Schecks	27.504.928
Vorschüsse auf Waren und Warenverfälschungen	28.587.321	Unerhobene Dividende	93.907
Eigene Wertpapiere	1.258.440	Reingewinn des Jahres 1919	5.648.466
Konzernial-Beteiligungen	12.148.856	Vortrag aus dem Jahr 1918	5.772.606
Dauernde Beteilig. bei and. Banken und Bankfirmen	11.862.580		
Debitoren in Rd. Rechnung	1.935.500		
g gedeckelt M. 222.953.708,92			
davon durch Börsengäng. Wertpapiere gedeckelt	M. 149.217.238,70		
b) ungedeckte	M. 125.917.497,17		
außerdem Aval- und Bürgschaftsdebitoren	M. 82.602.873,62		
Uebergangsposten unserer Niederl. untereinander	736.516		
Bankgebäude	M. 9.792.000,—		
abz. Hypot. M.	292.000,—		
Sonstige Immobilien	M. 1.632.684,56		
abz. Hypot. M.	255.000,—		
Mobilien	1.397.684		
	1		
	1.121.721.831		1.121.721.831

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1919.

Mark	Stk.	Mark	Stk.
Unkosten		Gewinn-Vortrag aus 1918	124.139
a) Gehälter, Teuerungszulagen, Gratifikationen, Tantiemen u. sonstige Geschäftskosten	16.606.647	Gewinn aus Zinsen, sowie aus deutschen und fremden Wechseln	16.178.315
b) Steuern	2.161.848	Gewinn aus Provisionen	8.019.301
Beiträge		Gewinn aus dauernden Beteiligungen bei Banken u. Bankfirmen	339.928
z. Beamtenversicherungsvereinen d. Deutsch. Bank- und Bankergewerbes und zur Pensionskasse d. Bank	211.650	Verchiedene Gewinne und Mieteinnahmen	378.165
Abschreibungen			
auf Bankgebäude	155.728		
auf Mobilien	131.369		
Reingewinn			
3 % Dividende auf Mark 60.000.000,—	4.800.000		
Tantieme d. Aufsichtsrats	324.324		
Ueberr. u. d. Wohltät. Kasse	500.000		
Vortrag a. neue Rechnung	145.281		
	25.039.850		25.039.850

In der heute abgehaltenen 65. ordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1919 auf 3 % festgesetzt.
Der Dividendenschein für 1919 kommt mit Mk. 24,— für jede Aktie zu Mk. 300

Zur Auszahlung. Die Einlösung der Dividendenscheine erfolgt von heute ab: in Frankfurt a. M., Berlin, Augsburg, Baden-Baden, Essen, Fürth, Gießen, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Karlsruhe, Köln, Königsberg i. Pr., Magdeburg, Mainz, Memmingen, München, Nürnberg und Wiesbaden bei unseren Niederlassungen, sowie bei unseren Depositenkassen und Wechselstuben in Alsfeld i. H., Biebrich a. Rh., Bidingen, Bützschbach i. H., Friedberg i. H., Höchst a. M., Laxenbach i. H., Limburg a. d. L., Marburg a. d. L., Neu-Isenburg i. H., Nienburg a. W., Offenbach a. M., Schotten i. H., Uster (Prov. Hannover) und Weimar an unseren Kassen vormittags zwischen 9 und 11 Uhr, in Coblenz und Köln bei der Firma Leopold Seligmann, in Hamburg bei der Firma M. M. Warburg & Co., in Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt (Abteilung Becker & Co.), in Meiningen und Getha bei der Bank für Thüringen vormalig E. M. Strupp Aktiengesellschaft, in München bei den Firmen H. Aufhäuser und Moritz Schulmann, in Stuttgart bei der Firma Boertgenbach & Co., G. m. b. H., in Tübingen, Hechingen und Sigmaringen bei der Bankcommandite Sigmund Well.
Die Dividendenscheine sind auf der Rückseite mit dem Firmenstempel oder dem Namen des Einreichenden zu versehen. E61

Frankfurt a. M., den 15. Juni 1920.

Der Vorstand der Mitteldeutschen Creditbank.

Dr. Katzenellenbogen, Mommsen, Reinhardt, Wolfenperger.

Koch-Herde
schwarz und emailliert in großer Auswahl zu billigen Preisen. *7709
Emil Maier,
Telephon 6234
Eisschränke
in jeder Größe am Lager. *7708
Rud. Weiss
Holzstrasse 14. Telephon 7169.

Gestern nach verschied unerwartet nach kurzem Krankenlager im Allgemeinen Krankenhaus
Frau Jda Grotta
Konzert- und Kirchen- und Liedersängerin
im nahezu vollendeten 60. Lebensjahre. 7346
MANNHEIM, den 17. Juni 1920.
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag, vormittags 9 1/2 Uhr auf dem israelitischen Friedhof statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unseres lieben Schwagers und Onkels des Herrn
Bankdirektor Otto Heinrich Schenkel
sagen wir unsern aufrichtigen Dank.
Geheimrat D. Dr. S. Brie
Frau und Kinder *7697
Frau Minister Dr. Schenkel und Kinder *7697
Pfarrer Karl Schenkel
Frau und Geschwister

Heute verschied nach längerem Leiden unsere gute, treubesorgte Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin, Frau
Anna Bliedung
geb. Vowinkel.
Mannheim—Brooklyn, 16. Juni 1920.
Mch. Lanzstr. 15. *7732
In tiefer Trauer:
Paula Bliedung.
Das Begräbnis findet am Samstag, den 19. Juni, nachmittags 2 Uhr, statt.

Seltene Gelegenheit für Teilhaber!
Gut lufthier und eingetragene Firma sucht einen in der Schwachstrommontage durchaus perfekten und selbstständig arbeitenden **Jungen Mann** als teilh. Teilhaber mit 10 bis 20 Mille. Angenehmes Zusammenarbeiten und hohes Einkommen zugesichert. — Best. Anschauung mit M. M. 1813 an W. H. Heinenstein & Begler, Mannheim.
Torf.
Erbogbe zu einem billigen Preis zu verkaufen. —
Wagnersstr. 11
Arthur Bickmann
Hamburg 39.

Weinrestaurant zum „schwarzen Stern“
Zentrale der Daituden Luisenring 55 gegenüber der 1. Linie
Heute Donnerstag neu eröffnet.
1a. Frühstück von 10 Uhr ab Mittag- und Abendtisch
Den ganzen Tag über warme und kalte Küche
Auserlesene Ausschank- u. Flaschenweine aus alten Beständen
Fr. Toth 717
vorm. Inh. des „Café Börsen“
Telephon 6018

Befreiung
von staatlicher Angestelltenversicherung ermöglicht Beantragung einer **Lebensversicherung**
bis zum 30. Juni 1920 bei der **Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.**
Bisher abgeschlossene Versicherungen: — 2 Milliarden 750 Millionen Mark. —
Begrüßung: 7340
G. Rastan, L. 13, 1, Telephon 7554.

Drucksachen Industrie
für die gesamte Industrie liefert prompt
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., Mannheim ♦ E 6, 2